

August | September – Ausgabe 4 / 2013

# ROTE SEITEN

ALTONA



## LEBENSLAGEN

Die Startchancen für viele Menschen in Lurup müssen durch Integration verbessert werden **Seiten 4 und 5**

## TODESURTEILE

Wie die Militärjustiz der Nationalsozialisten in Altona Unrecht schuf, zeigt eine Ausstellung **Seiten 6 und 7**

## Baupolitik

# Mit voller Kraft

Ein Zuhause muss bezahlbar bleiben: Wir wollen neue Wohnungen und eine Mietpreisbindung





**EDITORIAL**



**Thomas Adrian**

**Fraktionsvorsitzender**

Liebe Altonaerinnen, liebe Altonaer!

Hohe Arbeitslosigkeit und schlechte Aussichten: Die Sozialraumanalyse für Teile von Lurup zeichnet ein bedrückendes Bild. Lesen Sie ab Seite 4, wie wir die Menschen unterstützen, damit sie die Armutslagen hinter sich lassen können.

Dazu gehört auch der Quartiersfonds für Altona, der aufgestockt und verstetigt werden konnte. In Lurup und vielen anderen Stadtteilen werden jetzt bestehende sowie neue Einrichtungen nachhaltig finanziert. Mehr auf Seite 12.

Im kommenden Jahr wird eine Ausstellung über die Unrechtsjustiz der Wehrmacht im Altonaer Rathaus aufklären. Wir berichten vorab über die jüngsten Erkenntnisse der Historiker ab Seite 6.

Ich wünsche Ihnen mit den ROTEN SEITEN eine informative Lektüre.

Herzlichst, Ihr

# THEMEN, die Altona bewegen

**Baupolitik**

Die Bundesregierung hat die Notwendigkeit für mehr Wohnungen nicht erkannt Seite 3

**Lurup**

Die alarmierenden Ergebnisse der Sozialraumanalyse veranlassen uns zu handeln Seite 4/5

**Wehrmachtsjustiz**

Ausstellung: Erstmals werden die Forschungsergebnisse zur Nazi-Gerichtsbarkeit in Altona gezeigt Seite 6/7  
 Interview: Dr. Detlef Garbe, Direktor der KZ-Gedenkstätte Neuengamme, über die Hintergründe der NS-Justiz Seite 8

**Fraktion intern**

Mithat Capar ist neuer Vorsitzender des Ausschusses für Grün, Naturschutz und Sport / Gesa Kahl-Böhnert setzt sich für Haushalt und Naturschutz ein Seite 9

**Leitbild**

Der Zukunftsplan Altona zeigt die Chancen und Grenzen der Bürgerbeteiligung auf Seite 10/11

**Letzte Seite**

Der Quartiersfonds für Altona bringt Farbe ins Spiel Seite 12

Titelfoto: © 9comeback - Fotolia.com

**IMPRESSUM**

Die Roten Seiten sind der Newsletter der SPD-Fraktion Altona. Archiv aller Ausgaben: [www.spdfraktionaltona.de](http://www.spdfraktionaltona.de)  
 Herausgeber und V.i.S.d.P.: Thomas Adrian, Fraktionsvorsitzender  
 Gedruckte Auflage: 150 Exemplare

Fraktionsgeschäftsstelle:  
 Max-Brauer-Allee 20  
 22765 Hamburg  
 Telefon: 040 / 389 53 32  
 E-Mail: [info@spdfraktionaltona.de](mailto:info@spdfraktionaltona.de)

Redaktionsleiter: Hans Wille [www.hans-wille.de](http://www.hans-wille.de)  
 Layout: Mirjam Büttner  
 Berater: Joachim C. Wehnelt  
 Schlussredaktion: Ulrike Wallenfels  
 Grafisches Konzept: Henrik Strate



Baupolitik

# Wohnen muss bezahlbar bleiben

**Altona erlebt einen starken Druck auf dem Wohnungsmarkt. Daher sind mehr Mietwohnungen und eine Mietpreisbremse bei Neuvermietungen wichtig**

Je länger die SPD regiert, desto mehr Wohnungen werden gebaut. Es befremdet daher, dass Bauminister Ramsauer erst jetzt erkennt, dass in Ballungsräumen erhebliche Verwerfungen auf den Wohnungsmärkten entstanden sind. Kanzlerin Angela Merkel und die CDU werden nervös und wildern bei der SPD: Forderungen nach Mindestlöhnen und Obergrenzen für Mietsteigerungen bezeichnete „Die Zeit“ als „Raubrittertum im Wahlkampf“. Frank Stauss (Werbeagentur Butter) kommt zum Fazit: „Die CDU spürt vermutlich, dass die Menschen ganz andere Themen bewegen. Und das sind Themen wie eben Mieten oder Löhne, bei denen die SPD traditionell stark ist. Die CDU lenkt damit allerdings die Aufmerksamkeit darauf, dass gerade in diesem Bereich in den vergangenen vier Jahren nichts passiert ist. Das ist für sie die große Gefahr.“

Die Vergangenheit holt Ramsauer bereits ein: Der Präsident des Deutschen Mieterbundes Rips warf ihm bereits 2010 Versagen in der Woh-

nungspolitik vor: „Die wohnungsbaupolitischen Themen werden wie selten zuvor von einem Bauminister vernachlässigt“, beklagte er. „Der Bund hat die Verantwortung für die Versorgung der Bevölkerung mit bezahlbarem Wohnraum vor allem auf die Kommunen abgeschoben“, rügte Rips damals. Auf sie werde auch die Unterstützung Bedürftiger abgewälzt, indem die Bundesregierung die Heizkostenpauschale streiche, mahnte Rips.

Den erst 2008 eingeführten sogenannten Heizkostenzuschuss beim Wohngeld hat Schwarz-Gelb 2010 dann tatsächlich abgeschafft. Ähnliches gilt für die Eigenheimzulage. Sie hat auf ihrem Höhepunkt rund zehn Milliarden Euro pro Jahr gekostet und ist kein taugliches Mittel, um dort neuen Wohnraum dort zu schaffen, wo die Mieten explodieren. Erst 2006 von der rot-grünen Bundesregierung abgeschafft, soll sie laut Ramsauer wieder aufleben. Allerdings war sie stets umstritten. Sie führe zu

erhöhten Baukosten und nicht die Bau-

herren, sondern die Bauwirtschaft würde subventioniert. Da sie aus dem allgemeinen Steueraufkommen finanziert wurde, würden Geringverdiener und junge Familien, die selbst unter den hohen Mieten leiden, zur Immobilienfinanzierung anderer Leute herangezogen. Wer kennt privat nicht die Fälle, wo mit der Eigenheimzulage ein schicker Anbau ans schon vorhandene Eigenheim finanziert wurde. Ramsauers Strategien sind also Großstadt-untauglich.

**Der Wohnungsbau muss mit voller Kraft weitergehen – daran arbeiten wir in der rot-grünen Koalition intensiv**



Foto: © Unclesam - Fotolia.com



**Stefan Krappa**

Haushaltspolitischer Sprecher





Lurup

# Aus dem Teufelskreis lotsen

Hohe Arbeitslosigkeit und schlechte Aussichten: Die Sozialraumanalyse zeigt, dass viele Menschen besonders am Lüdersring schlechte Startchancen haben. Es ist Zeit zu handeln



Foto: Nils Rehm

Im Vergleich zu anderen Stadtteilen im Bezirk Altona sind die Sozialraumdaten in Lurup mit Abstand am negativsten. Das zeigt die Sozialraumanalyse Lurup des Planungsraumes 6 vom Dezember 2012, in der Daten aus den Gebieten Lüdersring, Mitte und Flüsseviertel skizziert werden. Viele Menschen befinden sich in sogenannten Armutslebenslagen. Das betrifft vor allem den Lüdersring.

Knapp ein Viertel der Menschen dort erhält Leistungen nach SGB II. Mit 9,6 Prozent sind überdurchschnittlich viele Menschen arbeitslos. Das betrifft insbesondere junge Menschen (4%). Sie haben am häufigsten in Altona keinen Schulabschluss (13,5%) und werden meist in speziellen Klassen der Stadtteilschulen unterrichtet. Der Anteil an Alleinerziehenden ist groß.

Viele Eltern haben aufgrund der Problemlagen nicht die Möglichkeit und die Motivation, eine gute Erziehungskompetenz zu erlangen,

um ihren Kindern Halt und Verlässlichkeit zu bieten. So wirken sich die Armutslebenslagen oftmals auf die Kinder aus.

Viele Heranwachsende zeigen schon im Kita-Alter ein auffälliges Verhalten. In der Schule setzt sich das fort. Bei der Gesundheitsvorsorge entwickeln sich die Jugendlichen nicht so gut wie die Gleichaltrigen aus anderen Stadtteilen. Die Bereitschaft, Alkohol und Drogen zu nehmen, ist größer als anderswo. Die Chancen auf einen guten Start

in ein auskömmliches, selbstbestimmtes Erwerbsleben sind für junge Menschen, die in diesen „Negativstrudel“ geraten sind, oft nicht besonders gut. Aufgrund der negativen Zukunftsaussichten gibt es ein entsprechendes Aggressionspotential – das erschwert das Zusammenleben im Quartier.

Die Ursachen für diese schlechte Lebenslage sind vielfältig. Die SPD-Mitglieder im Regionalausschuss II sehen vordringlich das Problem, dass es viele Bürger mit Migrationshintergrund besonders schwer haben, dem Teufelskreis von Armut und schlechten Chancen zu entfliehen. Gut die Hälfte aller Bürgerinnen und Bürger am Lüdersring hat einen Migrationshintergrund. Gut drei Viertel davon sind Jugendliche unter 18 Jahren.

Ebenso leben viele ältere Menschen mit Migrationshintergrund hier, die bei sehr geringer Rente Leistungen wie Grundsicherung (11,7%) im Alter bekommen.

Um die Startchancen besonders für sie künftig zu verbessern, wären aus unserer Sicht die Ausbildung und der Einsatz ehrenamtlicher Migrationslotsen am Lüdersring sehr sinnvoll und anzuraten. Die ehrenamtliche Tätigkeit der Integrationslotsen stellt eine wichtige und gerade im Integrationsbereich unverzichtbare

**11,4 %**

**mit Grundsicherung**

**13,5 %**

**ohne Schulabschluss**





Erste Maßnahmen zur Verbesserung haben wir bereits beschlossen. So soll aus Mitteln des Quartiersfonds eine Servicestelle bezahlt werden

Fotos: Nils Rehm

Unterstützung der professionellen Kräfte dar. Ihr Einsatz ist in vielfältigen Formen und Bereichen möglich. Integrationslotsen können sich als Einzelpersonen für Einzelpersonen engagieren, aber auch – z. B. bei ehrenamtlicher Sprachförderung – kleine Gruppen unterstützen. Bei Bedarf können sie ihre interkulturellen Kompetenzen im Sinne von Kul-

turen den Menschen in Armutslebenslagen zuzugehen.

Bereits jetzt haben wir erste Maßnahmen beschlossen. Unter dem Vorzeichen der negativen Sozialraumdaten wurden von der Bezirksversammlung Fördermittel aus dem Quartiersfonds für eine Servicestelle am Lüdersring beschlossen. Sie soll als feste Anlaufstelle Übersicht über

turdolmetschern als Berater oder Vermittler in Institutionen einsetzen. Integrationslotsen können Jugendliche mit Migrationshintergrund beim Übergang von der Schule in die Ausbildung unterstützen oder Migranteneltern näher an das deutsche Schulsystem heranführen. Wir werden uns für die Schaffung solcher Lotsenstellen unter Regie eines Trägers einsetzen. Wir sehen es auch als notwendig an, die vorhandenen, gut funktionierenden sozialen Einrichtungen in Lurup mehr auf den Lüdersring auszurichten und mehr auf

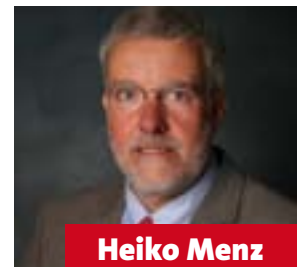
bestehende Angebote in Lurup geben, hilfe- und ratsuchende Bürgerinnen und Bürger kompetent weitervermitteln und den Ausbau ehrenamtlicher Strukturen im Stadtteil fördern.

Ebenso wurde dem Bezirksamt von der Bezirksversammlung empfohlen, das Gebiet der RISE-Förderung (Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung) für Osdorf auf einige Teile von Lurup zu erweitern.



Von der Bürgerschaft wurde Anfang 2013 die Erweiterung für „Frühe Hilfen“ beschlossen. Hier sollen alle Familien mit Neugeborenen erreicht und Problemlagen erkannt werden, bevor sie eskalieren und sich verfestigen. Es wurden hier entsprechende Ressourcen für Hilfestellung im KiFaz (Kinder- und Familienhilfezentrum) an der Netzestraße geschaffen.

Aufgrund der Sozialraumanalyse halten wir es für unabdingbar, dass die Finanzierung des Stadteilkulturhauses BÖV38 mit seinem Lichtwarkforum, dem organisatorischen Dach des Luruper Forums, zukünftig über Rahmenzuweisungen abgesichert werden muss, um diese wichtige Einrichtung für Lurup endgültig zu verstetigen.



**Heiko Menz**

Sprecher im Regionalausschuss II  
(Bahrenfeld, Lurup, Osdorf, Iserbrook)



## Ausstellung

# Unrecht – im Namen des Volkes

**Erstmals wurde umfassend zur Militärjustiz in Hamburg geforscht. Die Ausstellung zur Hamburger Wehrmachtsgerichtsbarkeit soll bald ins Altonaer Rathaus kommen. Viele Erkenntnisse darin sind in weiten Teilen der Bevölkerung bislang kaum bekannt gewesen: In Altona wurden Hunderte Soldaten in einem Spezialgefängnis der Wehrmacht an der Gerichtsstraße eingesperrt**

**A**ls der Zweite Weltkrieg in ganz Europa tobte, versuchte mancher Soldat, dem Morden zu entkommen. Doch Deserteuren drohte das Erschießungskommando, sobald sie gefasst wurden. Auch in Hamburg verhängten Richter Todesurteile und in Altona

wurden Hunderte Militärangehörige von der Wehrmachtsjustiz in einem Spezialgefängnis an der Gerichtsstraße eingesperrt.

An die Opfer der Wehrmachtsjustiz soll künftig auch in Altona erinnert und ihres Schicksals gedacht werden.

So soll im Rathaus eine große Ausstellung über die Wehrmachtsjustiz gezeigt werden. Unter dem Titel „Deserteure und andere Verfolgte der NS-Militärjustiz: Die Wehrmachtsgerichtsbarkeit in Hamburg“ wurde die Ausstellung zu Beginn des Jahres im Hamburger Rathaus gezeigt.

Im März fand dazu im Altonaer Rathaus die Veranstaltung „Wie kann Altona an die Opfer der Wehrmachtsjustiz erinnern?“ statt. Neben den Organisatoren, dem Bündnis für ein Hamburger Deserteursdenkmal, und einem Vertreter der Evangelischen Akademie der Nordkirche diskutierten der Historiker und Kurator Dr. Magnus Koch sowie Vertreterinnen und Vertreter der Bezirksfraktionen über den Umgang mit den Opfern der Militärjustiz in Altona.

Dabei wurde deutlich, dass die große Rolle der Wehrmachtsjustiz in Altona bislang wenig erforscht wurde und bei der Bevölkerung weitgehend unbekannt ist. In Altona befand sich eines der Wehrmachtsuntersuchungsgefängnisse des so-



Am 14. Februar 1939 lief das Schlachtschiff „Bismarck“ der Werft Blohm & Voss vom Stapel. Damit war es eines von elf Schiffen, die zwischen 1933 und 1940 hier gebaut und an die Marine übergeben wurden. Mit dem Hafen stellte Hamburg einen wichtigen Teil der Kriegsvorbereitung zur Verfügung. Zudem waren in der Hansestadt zahlreiche Ämter und Dienststellen des Wehrkreises X untergebracht

Quelle: Bundesarchiv Militärarchiv / BArch, RH 56/332 fol. 135.





Hamburg, den 28. März 1945.  
 Allen Soldaten im Wehrkreis X ist bekanntzugeben:  
 Am 27. 3. 1945 sind in Hamburg 21 Soldaten, die das Kriegsgericht wegen Fahnenflucht zum Tode verurteilt hat, erschossen worden.  
 Jeden Drückeberger und Feigling trifft ohne Gnade das gleiche Schicksal.

Der Stellvertretende Kommandierende General  
 des X. A. K. und Befehlshaber im Wehrkreis X  
**Wetzel**  
 General der Infanterie

Quelle: Bundesarchiv Militärarchiv / BArch, RHD 49/213



Das Verordnungsblatt des Wehrkreiskommandos X vom 31. März 1945 zeigt die Erbarmungslosigkeit der damaligen Justiz (o. r.). Ab dem 3. Juni 1940 nutzte die Wehrmacht das Gerichtsgefängnis in Altona für Militärhäftlinge

soll im Altonaer Rathaus für rund drei Wochen gezeigt werden. Da derzeit noch Restaurierungsarbeiten im Rathaus durchgeführt werden, steht ein genauer Termin noch nicht fest; optimal wäre das Frühjahr 2014, bis dahin wäre es auch möglich, ein Begleitprogramm zur Ausstellung zusammenzustellen.

Der SPD-Fraktion Altona ist es sehr wichtig, die Altonaerinnen und Altonaer mit der Ausstellung zu informieren und bei dem Prozess der Aufarbeitung und des Gedenkens mitzunehmen. Insbesondere Schulen und Organisationen sollen hierzu eingebunden werden. So könnten beispielsweise auch Zeitzeugengespräche in Schulen stattfinden, um junge Leute an das Thema heranzuführen.

Im Sommer 2012 hatte sich bereits die Hamburgische Bürgerschaft einstimmig für die Errichtung eines Gedenkortes für die Deserteure und andere Opfer der Wehrmachtsjustiz (Deserteursdenkmal) entschieden. Im April hat sich nun der Senat dem angeschlossen. Die Bürgerschaft wurde gebeten, dafür insgesamt 730.000 Euro zu bewilligen. Favorisierter Standort ist der Platz Ecke Damm-torwall/Stephansplatz, nahe dem 76er-Denkmal und dem Hrdlicka-Gegen-denkmal.



**Martina Friederichs**

Stellvertretende  
 Fraktionsvorsitzende

genannten Dritten Reiches. Hunderte Soldaten wurden dort eingesperrt und warteten auf ein Urteil. Gerechtigkeit konnten sie nicht erwarten. Selbst die Rehabilitation dieser Opfergruppe nach dem Krieg dauerte sehr lange. Die Kuratoren der Ausstellung haben bei dieser Gelegenheit ihr Interesse bekundet, die Schautafeln auch im Altonaer Rathaus zu zeigen.

Auf Initiative der SPD-Fraktion Altona hat die Bezirksversammlung Altona daraufhin kürzlich beschlossen, die Wanderausstellung zur NS-Wehrmachtsgerichtsbarkeit in Hamburg im Altonaer Rathaus auszustellen. Das Bezirksamt ist jetzt zusammen mit den Kuratorinnen und Kuratoren dabei, die Ausstellung vor Ort zu planen. Sie

### Erwin Klein aus Altona: geflohen und hingerichtet



1941 wurde der gebürtige Altonaer zur Wehrmacht einberufen, im Herbst 1942 kehrte er aus der Sowjetunion mit Verwundungen und Erfrierungen zurück. Nachdem er von seinem Ersatztruppenteil in Rendsburg geflohen war, tauchte er in Hamburg unter. Ein Jahr lang lebte er mit gefälschten Papieren im Rotlichtmilieu. Als er im Frühjahr 1944 gestellt wurde, erschoss er einen Polizisten. Am 17. Juli 1944 wurde er im Hamburger Untersuchungsgefängnis mit einem Fallbeil hingerichtet.

Quelle: Staatsarchiv Hamburg / 720-1\_151-03 = 06/821:13 (Gerichtsgefängnis Altona)

Quelle: Bundesarchiv Militärarchiv / BArch, Gericht der Division Nr. 190 Akte Nr. 1110



## Interview

**„Wegen Desertion zum Tode verurteilt“**

**Dr. Detlef Garbe, Direktor der KZ-Gedenkstätte Neuengamme, im Gespräch mit Martina Friederichs über die Ausstellung zur NS-Militärjustiz in Hamburg**

■ **Weshalb war diese Ausstellung die erste zum Thema Wehrmachtjustiz in Hamburg?**

Dass Hamburg ein bedeutender Wehrmachtstandort war, ist nur wenig im öffentlichen Bewusstsein präsent. Während des Zweiten Weltkriegs waren hier 13 Kriegsgerichte tätig sowie andere zentrale Dienststellen der Wehrmachtjustiz. Das geriet erst in den letzten Jahren in den Blick, vor allem angeregt durch die Aktivitäten des vor drei Jahren gegründeten Bündnisses für ein Deserteursdenkmal. Zuvor war in der zeit- und regionalgeschichtlichen Forschung kaum etwas darüber bekannt.

■ **Wo haben Sie und Ihre Mitarbeiter das präsentierte Material recherchiert?**

Viele Kriegsgerichtsakten sind nicht überliefert, zum Beispiel wurde das Heeresarchiv in Potsdam durch einen alliierten Luftangriff zerstört. Doch andere Bestände sind erhalten, etwa ein großer Teil der Unterlagen der Marinegerichte. Allein der Bestand des Gerichts des Admirals der Kriegsmarinedienststelle Hamburg umfasst viele Hunderte von Akten. Das alles lagert im Bundesarchiv-Militärarchiv in Freiburg, das somit unsere erste und wichtigste Anlaufstelle war. Hinzu kommen unter anderem die Unterlagen der Wehrmachtsauskunftsstelle / Deutsche Dienststelle in Berlin und des Hamburger Staatsarchivs.

■ **Zeitzeugen spielen in der Forschung zur NS-Zeit eine sehr wichtige Rolle. Wie haben Sie Zeitzeugen gefunden, und wurde die Forschung durch deren Berichte weitergebracht?**

Heute leben nur noch sehr wenige Opfer der NS-Militärjustiz. Zu ihnen gehört der 91-jährige Ludwig Baumann, der in Hamburg aufwuchs, 1942 wegen Desertion zum Tode verurteilt, aber dann zu zwölf Jahren Zuchthaus begnadigt wurde und der auch den gefährlichen Kriegseinsatz in den Strafbataillonen überleben konnte. Seine Berichte – sowie die einiger anderer Zeitzeugen, zu denen wir nach intensiver Suche Kontakt aufnehmen konnten – stellen eine wichtige Ergänzung zu den Gerichtsunterlagen dar.

■ **Die Ausstellung kommt in das Altonaer Rathaus. Was erwartet die Besucherinnen und Besucher?**

Im Zentrum der Ausstellung stehen die Opfer der Hamburger Wehrmachtjustiz: 23 Fallgeschichten zeigen die Vielschichtigkeit der Biografien, der Handlungsmotive

und Verfolgungsgründe. Außerdem porträtiert ein Verzeichnis 227 Menschen, die nach kriegsgerichtlichem Urteil zumeist wegen „Fahnenflucht“ oder „Zersetzung der Wehrkraft“ in Hamburg hingerichtet wurden. Zudem informiert zunächst ein allgemeiner Überblick über die NS-Militärgerichtsbarkeit. Daran schließt sich ein zweiter Teil an, er behandelt die Bedeutung Hamburgs mit Schwerpunkten auf seine Kriegsgerichte, Haft- und Hinrichtungsstätten und die Zusammenarbeit der Gerichte mit Polizei und ziviler Justiz, Krankenhäusern und dem Anatomischen Institut der Universität. Ein dritter Teil betrachtet die Täter wie die Wehrmacht-richter, den Gerichtsherrn und Befehlshaber im norddeutschen Wehrkreis X General Wilhelm Wetzel, den Marinekriegspfarrer Hermann Hartung und den Scharfrichter Friedrich Hehr.

■ **Was hat Sie bei der Forschung und deren Ergebnissen überrascht?**

Die sehr große Zahl von Akten zur Wehrmachtjustiz in Hamburg, die trotz der großen Überlieferungsverluste existiert, hat mich überrascht. Hier bieten sich Betätigungsfelder für etliche Bachelor- und Master-Arbeiten oder auch Dissertationen. Dennoch liegt die Geschichte des in der Altonaer Gerichtsstraße gelegenen Wehrmachtsuntersuchungsgefängnisses aufgrund der besonders dürftigen Quellenlage noch weitgehend im Dunkeln. Von der Präsentation der Ausstellung im Altonaer Rathaus erhoffen wir uns deshalb auch weitere Hinweise zu dessen Geschichte.



Dr. Detlef Garbe: „Die Geschichte des in Altona gelegenen Wehrmachtsuntersuchungsgefängnisses liegt weitgehend im Dunkeln“



Sport

# Noch besser am Ball bleiben

Damit Andreas Bernau noch intensiver mit den Vereinen ins Gespräch kommen kann, übergibt er den Ausschussvorsitz an Mithat Capar



Foto: © Smileus - Fotolia.com



Die Stafette weiterreichen: Mithat Capar (r.) folgt auf Andreas Bernau Foto: Hüseyin Burc

gewählt. Er folgt damit Andreas Bernau (SPD), der auf eigenen Wunsch von seinem Amt zurückgetreten ist. Andreas Bernau wird sich künftig ganz seiner Funktion als Sprecher für den Bereich Sport widmen. „Ich möchte mich künftig noch stärker um den Bereich Sport im Bezirk Altona kümmern und mit den Vereinen noch intensiver ins Gespräch kommen“, begründet Andreas

Belange einzu setzen und im Ausschuss die Neutralität als Vorsitzender walten zu lassen war so nicht mehr möglich, und daher habe ich mich entschlossen, das Amt des Ausschussvorsitzenden abzugeben und mich ganz auf die Sprecherfunktion zu konzentrieren.“ Für die Bereiche Grün und Naturschutz hat Wolfgang Kaeser für die SPD-Fraktion die Sprecherfunktion inne.

„Gerne habe ich das Amt des Ausschussvorsitzenden von meinem Fraktionskollegen Andreas Bernau übernommen“, freut sich Mithat Capar auf seine neue Aufgabe, die er motiviert angeht. Er kennt die Arbeit des Ausschusses, da er bereits vor etwa fünf Jahren Mitglied im Ausschuss war.

Mithat Capar (SPD) wurde in der vergangenen Sitzung des Ausschusses für Grün, Naturschutz und Sport zum Ausschussvorsitzenden

Bernau seinen Schritt. „Es war mir nicht mehr möglich, beide Funktionen unter einen Hut zu bringen. Mich vor Ort bei den Vereinen für deren

PERSÖNLICH

## „Mit Fingerspitzengefühl“

Die Volkswirtschaftlerin setzt sich auch im Ruhestand für die Balance von Ökonomie und Ökologie ein



Gesa Kahl-Böhnert

Bei Brokdorf an der Elbe 1948 geboren, an der Ostsee aufgewachsen und 1969 zurück an die Elbe, seit 1978 in Osdorf wohnend, habe ich ein typisches Frauenleben hinter mir: Bankkauffrau – Studium – Familienzeit – Wiedereinstieg. Jetzt bin ich Rentnerin.

Aus meinem langjährigen ehrenamtlichen Gewerkschaftsengagement weiß ich: Nur organisiert und solidarisch erreichen wir Verän-

derungen. Deshalb kandidierte ich 2011 auf dem Listenplatz 31 für die Bezirksversammlung Altona. Unerwartet viele Stimmen hieften mich auf Platz 21. Damit begann mein neues Betätigungsfeld als Bezirksabgeordnete.

Als Bankerin, die im zweiten Bildungsweg an der damaligen Hochschule für Wirtschaft und Politik in Hamburg VWL studiert hat, entschied ich mich für die Mitarbeit im Ausschuss Haushalt und Vergabe, weil

mir eine fördernde, sozial gerechte Verteilung der knappen öffentlichen Gelder wichtig ist.

Mein Verständnis von Balance zwischen Ansprüchen und Notwendigkeiten für Mensch und Natur in einer Großstadt kann ich im Ausschuss Grün, Natur und Sport einbringen und diskutieren. Altona mit seiner Vielfalt braucht im Wandel unserer Gesellschaft jederzeit viel Fingerspitzengefühl.



Stadtentwicklung

# Altona gemeinsam gestalten



Collage: Urbanista

**Der „Zukunftsplan Altona“ war ein breit angelegtes Bürgerbeteiligungsverfahren, das für die nächsten zwei Jahrzehnte ein Leitbild für Altona-Altstadt, Altona-Nord und Sternschanze entwickeln sollte. Es ist mehr als eine bloße Informationsveranstaltung geworden**

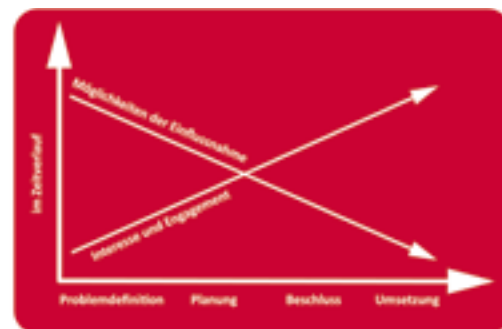
Die Altonaer Politik will den Wohnungsbau massiv fördern. Angesichts des begrenzten Flächenpotenzials sind Konflikte zwischen verschiedenen Nutzungsarten – Wohnen oder Grün oder Gewerbe – und auch zwischen verschiedenen Wohnformen zu erwarten, ebenso bei Fragen des Städtebaus.

Die Hamburger Volksgesetzgebung ermöglicht es, in Altona Bebauungsplanverfahren oder Bauvorhaben mit notwendigen Befreiungen mit nur 1800 Unterschriften für bis zu sechs Monate anzuhalten und mit 5600 Unterschriften in einem verbindlichen Bürgerentscheid abzulehnen.

Vor diesem Hintergrund hat die Bezirksversammlung beschlossen, mögliche Potenziale der Innenentwicklung für den Wohnungsbau im Rahmen eines breit angelegten Bürgerbeteiligungsverfahrens zu identifizieren. Zudem sollten auch Defizite bei anderen Nutzungsarten ermittelt und Entwicklungsziele – insbesondere soziale Aspekte der Stadtentwicklung – formuliert werden.

Bereits am Anfang war die Frage der Beteiligten beherrschend, inwieweit die Ergebnisse des Beteiligungsverfahrens bindend für nachfolgende politische Entscheidungen seien. Das zeigte – mehr oder weniger berechtigt – ein hohes Maß an Misstrauen gegenüber politischen Entscheidungswegen und machte es notwendig, dass sich die Politik bereits am Anfang des Beteiligungsprozesses

zum Umgang mit den Ergebnissen verhalten musste. Dem von einigen Beteiligten formulierten Anspruch, die Politik müsse sich verpflichten, die – bis dahin noch nicht erarbeiteten – Ergebnisse quasi per Blankoscheck zu übernehmen, konnte nicht entsprochen werden. Zum einen, weil dies eine unredliche und eine auf zwangsläufiges politisches Scheitern angelegte Vorgehensweise wäre, vor allem aber musste diesem Ansinnen aus rechtlichen und fachlichen Gründen eine Absage erteilt werden. Um



Abgrenzung (Urbanista/Grundago 2016)

ein qualifiziertes und tragfähiges Ergebnis zu ermöglichen, ist es aus diesem Grunde notwendig, die Restriktionen eines Beteiligungsverfahrens bereits am Anfang herauszuarbeiten.

Bei der Umsetzbarkeit der Ergebnisse von Bürgerbeteiligungsverfahren im Rahmen der Stadtentwicklung stellen Probleme der Abgrenzung eine wesentliche Hürde dar. Hier ist vor allem die Abgrenzung des Planungsraumes zu nennen: Benachbarte Entwicklungen üben immer Einfluss auf den Planungsraum aus, ohne dass sie adäquat im Beteiligungsverfahren bearbeitet werden könnten.

Ein weiteres Problem der Abgrenzung sind die Planungsebenen. Kommunale Beteiligungsverfahren können nur im Bereich kommunaler Zuständigkeiten wirksam



werden. Landesplanerische oder übergeordnete verkehrliche Aspekte, die in der Zuständigkeit von Land oder Bund liegen, können in einem kommunalen Beteiligungsverfahren nicht unmittelbar bearbeitet werden, sie finden ihren Niederschlag nur in Form des Appells an die übergeordnete Ebene.

Weiterhin sind Probleme der Planungsreichweite zu berücksichtigen. Kommunale Beteiligungsverfahren entfalten vor allem im Bereich der Bauleitplanung ihre Wirkung. Bestehende Baurechte, die Grundstückseigentümern aufgrund gültiger Bebauungspläne zustehen, können während des Beteiligungsverfahrens nicht aufgehoben werden. Daraus resultierende Einzelbauvorhaben, die sehr wohl Einfluss auf die Gebietsentwicklung haben können, müssen in einem Beteiligungsverfahren hingenommen werden.

Neben den Problemen der Abgrenzung sind auch die Grenzen der Umsetzung maßgeblich. Zuerst die bestehenden Eigentumsverhältnisse. Entwicklungsziele, auch wenn sie durch eine entsprechende Bauleitplanung abgedeckt sind, lassen sich nur im Einvernehmen mit den jeweiligen Grundeigentümern realisieren. Auch bei öffentlichem Eigentum sind finanzielle Restriktionen bei der Umsetzung von Planungszielen maßgeblich und verhindern oft die im Beteiligungsverfahren erwünschte Nutzung.

Auch ist bei den Ergebnissen von Bürgerbeteiligungsprozessen nicht sichergestellt, dass diese im Anschluss auch von der Bevölkerung akzeptiert werden. Der Grenze der Reichweite und Repräsentativität der Ergebnisse muss ein besonderes Augenmerk gelten.

Es ist deshalb von großer Bedeutung, dass die Restriktionen des Beteiligungsverfahrens bereits am Anfang thematisiert werden. Auch der Wissensvermittlung von bau- und planungsrechtlichen Grundlagen kommt eine große Bedeutung zu, ebenso der Wissensvermittlung von Ablauf und Struktur politischer Entscheidungsprozesse.

Zusammenfassend ergibt sich daraus, dass es, entgegen den Erwartungen vieler Beteiligter, keinen direkten Weg von den Ergebnissen eines Bürgerbeteiligungsverfahrens zu einer unmittelbaren demokratischen Entscheidung gibt.



Gemeinsam Pläne schmieden: Wie soll Altona in 20 Jahren aussehen? Foto: ALTONA.INFO Lokalzeitung

Die Bezirksversammlung Altona hat beschlossen, dass die Ergebnisse des Beteiligungsverfahrens „Zukunftsplan Altona“ zunächst öffentlich vorgestellt und diskutiert werden. Die erarbeiteten Leitziele sollen bei nachfolgenden Planungen als Prüffragen bei der Entwicklung konkreter Planungsziele genutzt werden.

Der selbst formulierte Anspruch der Politik an den Umgang mit den Beteiligungsergebnissen ist im Wesentlichen, dass die Politik öffentlich begründet, falls einzelne Ergebnisse nicht umgesetzt werden können oder sollen. Ziel ist die größtmögliche Transparenz in Planungsprozessen und Planungsanlässen.

Es ist ein weitverbreiteter Irrglaube von Politik und Verwaltung, dass sich Bürgerbeteiligung auf die bloße Information der Öffentlichkeit über Planungsziele und Planungsanlässe beschränkt. Diese Haltung stößt spätestens dann an ihre Grenzen, wenn die Bevölkerung mit den konfliktorientierten Verfahren der direkten Demokratie, also mit Bürger- oder Volksentscheiden, Bauvorhaben und Bebauungsplanverfahren verhindert oder verzögert.

Die Politik ist in Fragen der Stadtentwicklung deshalb gut beraten, in schwierigen Gemengelagen auf die prozessorientierten Elemente von Bürgerbeteiligung zu setzen. Letztendlich führt dies nicht nur zu einer Steigerung

der Qualität einzelner Vorhaben, von denen auch der jeweilige Vorhabenträger unmittelbar profitiert, sondern es bedeutet vor allem Planungssicherheit für alle Beteiligten: für die Bürger, die Verwaltungen und die Investoren.

**Es gibt keinen direkten Weg von den Ergebnissen eines Bürgerbeteiligungsverfahrens zu einer unmittelbaren demokratischen Entscheidung**



**Mark Classen**

Vorsitzender des Planungsausschusses





## Stadtteilkultur

# Die Mischung macht's!

Sie leisten gute Arbeit für unser Viertel: Viele Projekte erhalten nun Fördermittel durch den Quartiersfonds. Unser Ziel sind nachhaltige Finanzierungen

Vielfältige Projekte der Stadtteilkultur, wie etwa das Stadtteilhaus Lurup oder der Luther-Campus in Bahrenfeld (Foto), werden aus den Mitteln des Quartiersfonds gefördert. Das hat die Bezirksversammlung Altona im Mai fraktionsübergreifend beschlossen. Vorausgegangen war der Beschluss der Hamburger Bürgerschaft, „die vielfältige Landschaft der Stadtteileinrichtungen auf sichere Füße zu stellen, Finanzierungs- und Vernetzungsperspektiven aufzuzeigen ...“. Damit wurde der einstige Überbrückungsfonds der Bürgerschaft zu einem dauerhaften, aufgestockten und verstetigten Förderinstrument für zunächst drei Jahre ausgebaut. Insbesondere der Wegfall der Ein-Euro-Jobs durch Beschluss der Bundesregierung hatte Stadtteilzentren, Stadtteilbüros und Stadtteilkulturzentren sowie andere gute, noch nicht valide ausfinanzierte Stadtteilprojekte an den Rand der Existenzfähigkeit gedrängt. Dabei leisten diese Einrichtungen vor allem in sozialen Brennpunkten einen wesentlichen Beitrag zur positiven Entwicklung einer bedarfsgerechten sozialen Infrastruktur. Die für Altona bereitgestellten Mittel von 216.000 Euro sind auch für die Einrichtung einer Freiwilligenagentur vorgesehen, für den Ausbau der Zukunftslotsen, das Stadtteilarchiv Ottensen und die „Musica Altona“, ein interkulturelles Jugendorchester. Ziel muss allerdings bleiben, nachhaltige Finanzierungskonzepte zu entwickeln.



**Ilona Schulz-Müller**

**Sprecherin für Arbeit, Soziales, Integration und Gleichstellung**



Foto: Luther-Campus

Abonnieren Sie die **Roten Seiten** als PDF-Newsletter mit einer E-Mail an [newsletter@spdfraktionaltona.de](mailto:newsletter@spdfraktionaltona.de)

